

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.6.1929 (No. 135)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streit, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das preußische Konkordat

Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen Preußen und der Kurie

WZB. Berlin, 14. Juni. (Tel.) Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist heute vormittag 11 Uhr der Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Preußen und der römischen Kurie vom preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und dem päpstlichen Nuntius Pacelli unterzeichnet worden.

Der preussische Ministerpräsident dankte nach der Unterzeichnung des Vertrages dem apostolischen Nuntius für die große Mühe, die er dem Vertragswerk gewidmet hat und brückte die Hoffnung aus, daß das Parlament den Vertrag genehmigen werde, und daß damit heute der Grundstein zu dauernd friedlichen Beziehungen zwischen dem preussischen Staat und der Kirche gelegt sei. Der Apostolische Nuntius dankte dem Ministerpräsidenten und erklärte, daß das Konkordat, wenn es diesen Vertrag genehmigt, eine historische Tat vollziehe, mit der der dauernde kirchliche Frieden gesichert sei.

Aus dem Inhalt des Konkordats

Der Vertrag umfaßt 14 Artikel und ein Schlussprotokoll. In Artikel 1 heißt es: Der Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der katholischen Religion wird der preussische Staat den gesetzlichen Schutz gewähren.

Artikel 2 enthält den Hinweis, daß die gegenwärtige Diözesanorganisation und Jurisdiktion der katholischen Kirche Preußens bestehen bleibt und in Baden wieder ein bischöflicher Stuhl errichtet und das Kollegiat in ein Kathedralkapitel umgewandelt wird. Dem Bistum Osnabrück werden die bisher von einem Bischof verwalteten Missionsgebiete einverleibt. Dem bischöflichen Stuhl von Bambergen wird der Metropolitancharakter verliehen. Der bischöfliche Stuhl von Breslau wird zum Sitz eines Metropoliten, das Breslauer Kathedral- und Metropolitankapitel erhoben. Der bisher dem Bischof von Breslau mitunterstehende Delegatar Berlin wird selbständiges Bistum, dessen Bischof und Kathedralkapitel bei St. Hedwig in Berlin ihren Sitz nehmen.

Art. 4 enthält Bestimmungen über die Dotation der Diözesen und Diözesananstalten, die künftig jährlich 2.800.000 RM betragen und in einzelnen gemäß besonderer Vereinbarung verteilt werden wird. Art. 5 ordnet die Eigentumsverhältnisse und anderen Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen der katholischen Kirche an ihrem Vermögen nach Maßgabe der Verfassung des deutschen Reiches. Art. 6 und 7 regeln die Neuweisung eines erzbischöflichen oder bischöflichen Stuhles. Der St. Stuhl wird hier nach zum Erzbischof oder Bischof niemand bestellen, von dem nicht das Kapitel nach der Wahl durch Nachfrage bei der preussischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen. Art. 9 besagt u. a.: Angesichts der in diesem Vertrag zugesicherten Dotation der Diözesen und Diözesananstalten wird ein Geistlicher zum Ordinarius eines Erzbistums oder Bistums, zum Weihbischof, zum Mitglied eines Domkapitels, zum Domvikar, zum Mitglied einer Diözesanbehörde oder zum Leiter oder Lehrer an einer Diözesananstalt nur bestellt werden, wenn er die deutsche Reichsangehörigkeit hat und das vorgezeichnete Studium erledigt hat. Bei kirchlichem und staatlichem Einverständnis kann von den genannten Erfordernissen abgesehen werden.

Die Landtagsfraktion der Demokraten hat beschlossen, an dem Vertragswerk mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß dem Landtag ausreichende Gelegenheit gegeben wird, in eingehenden Ausschussberatungen zu den Einzelheiten des Vertrages Stellung zu nehmen. Die Fraktion sieht weiterhin voraus, daß ohne Verzögerungen Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen eingeleitet werden, durch die das Zustandekommen auch dieser Vereinbarungen gesichert wird. Da sich die preussische Regierung zur Einleitung von Verhandlungen mit den evangelischen Landeskirchen bereit erklärt hat, dürfte den Forderungen der demokratischen Fraktion kein Hindernis entgegenstehen.

In der Mittwochssitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, in der, wie gemeldet, die Zustimmung zum Abschluß des Konkordats erfolgt ist, hat Ministerpräsident Braun Erklärungen abgegeben, die sich auch auf die der Regierungs- umbildung bezogen. Braun sprach sich grundsätzlich für die Erweiterung der Regierungskoalition aus, verlangte aber von der Fraktion, daß sie ihm für die Kabinettsbildung freie Hand lasse. Die Erklärung wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen, was einer stillschweigenden Zustimmung gleichkommt. Es ist anzunehmen, daß der demokratische Unterrichtsminister Dr. Becker bleibt.

Der deutsch-schweizerische Schiedsvertrag

Am Donnerstag wurde vom Bundesrat Wotta, dem Vorkämpfer des Politischen Departements, und dem deutschen Gesandten in Bern, Dr. Müller, die Ratifikationsurkunden zum deutsch-schweizerischen Protokoll vom 20. August v. J. über die Änderung des zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages vom 3. Dezember 1921 ausgetauscht. Das Protokoll ist am gleichen Tag in Kraft getreten. Das Protokoll führt den Grundsatz der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit oder gerichtlichen Erledigung aller Streitigkeiten zwischen der Schweiz und Deutschland ein.

Letzte Nachrichten

Amerikanische Opposition gegen den Young-Plan

Gegen die Verbindung von Reparationen und inter- alliierte Schulden

WZB. Paris, 14. Juni. (Tel.) Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ meldet aus Washington, daß es im Kongreß wahrscheinlich zu einem langen und erbitterten Kampf um den Youngplan kommen werde, da von republikanischer Seite eine starke Opposition zu erwarten sei.

Mehrere Senatoren haben, wie es in der Meldung heißt, durchschlafen lassen, daß sie die Absicht hätten, den Youngplan anzugreifen, sobald er dem Senat vorgelegt werde. Es sei bekannt, daß die Regierungskreise besonderen Nachdruck darauf legen, daß die Zahlungen der Alliierten an Amerika und die Zahlungen Deutschlands an die Alliierten zwar parallel nebeneinander herläufen, aber nicht miteinander in Verbindung gebracht werden dürfen. Die Vereinigten Staaten würden darauf achten, daß die Alliierten ihre Schulden an Amerika bezahlen, die Quellen dieser Zahlungen hätten aber mit der Sache selbst nichts zu tun. Die Vereinigten Staaten würden nicht zulassen, daß die Verantwortung auf Deutschland geschoben würde.

Die neue Einwanderungsquote

Erfolgreicher Kampf gegen die Ursprungsklausel

WZB. Washington, 13. Juni. (Tel.) Nach wochenlangen Verzögerungen kam heute nachmittag endlich der Antrag des Senators Hyde, den Einwanderungsausschuß von der Beratung über die Aufhebung der sogenannten Ursprungsklausel zu entbinden, zur Abstimmung. Da mehrere Anhänger des Antrages teils durch Krankheit, teils anderweitig verhindert waren, wurde er mit 6 Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Die neuen Quoten werden nunmehr am 1. Juli in Kraft treten. Dadurch werden die Jahresquoten der Einwanderung aus Deutschland von 51.227 auf 25.957, aus Island von 28.567 auf 17.853, aus Dänemark von 2781 auf 2181, aus Schweden von 9561 auf 3314 und aus Norwegen von 6453 auf 2377 herabgesetzt. Die britische Jahresquote dagegen wird von 34.007 auf 65.721 erhöht.

Poincaré wird den kommunistischen Bürgermeister von Straßburg

WZB. Paris, 14. Juni. (Tel.) Der neue kommunistische Bürgermeister Huber hatte bei der französischen Regierung in Anbetracht des Zweimillionendefizits des Stadtbüchters auch für die neue Spielzeit Steuererlass beantragt. Weinstadtpflichtiger Poincaré hat dies abgelehnt und erklärt in seinem Antwortschreiben an den kommunistischen Bürgermeister u. a.:

Sie sind bei den Wahlen mit einem kommunistischen Programm und in voller Übereinstimmung mit den Autonomisten hervorgezogen. Führen Sie also lokal das Experiment aus, das Sie Ihren Wählern versprochen haben. Zeigen Sie ihnen, daß Sie die Regierung der Republik und Frankreichs selbst gar nicht brauchen. Sie würden Ihre Wähler täuschen, wenn Sie jetzt auf einmal Ihre Opposition gegenüber dem französischen Staat aufgeben würden, um Vergünstigungen zu erhalten, die zu dem in Widerspruch stehen, was Sie bisher gesagt haben.

Die südafrikanischen Wahlen

WZB. Kapstadt, 14. Juni. (Tel.) Das Ergebnis der Wahlen um 2 Uhr früh war: Südafrikanische Partei 59, Nationalistische 64, Arbeiterpartei 5 und Sezessionsisten der Arbeiter 3. 17 Ergebnisse stehen noch aus.

19fache Hinrichtung in Mexiko

WZB. Mexiko, 14. Juni. (Tel.) Nach Meldungen aus Saltillo, wurden der Rebellenführer Romaro und neunzehn seiner Anhänger nach einem summarischen Kriegsgerichtsverfahren hingerichtet. Romaro und seine Bande hatten vor einigen Tagen einen Eisenbahnzug überfallen. Bundeskavallerie hatte darauf die Verfolgung aufgenommen und 40 Mitglieder der Bande getötet und Romaro gefangen genommen.

Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-afrikanischen Handelsvertrag sind ausgetauscht worden. Der Vertrag ist damit in Kraft getreten.

Lloyd George wurde wiederum einstimmig zum Führer der englischen Liberalen Partei gewählt.

Die englischen Arbeitslosen. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen in England betrug am 3. Juni 1.100.000 oder 32.000 weniger als in der vorhergehenden Woche und 60.000 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Dr. Avenauer bleibt Bürgermeister von Köln. In der Kölner Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag die Verlängerung der Amtsdauer des Oberbürgermeisters Dr. Avenauer, die am 17. Oktober 1929 abläuft, bis 31. März 1930 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Deutschösterreichischen und Kommunisten angenommen.

Wirtschaftliche Umschau

Um die Gasversorgung Südwestdeutschlands — Waggonbau — Schuhe

Ein wenig erfreuliches Zwischen- oder Nebenpiel zur Frage der Südwestdeutschen Gasversorgung bringen die Verluste, welche die Frankfurter Gasgesellschaft an ihren oberbayerischen Braunkohlengruben erlitten hat, da die Frankfurter Gasgesellschaft als der größte Partner der Südwestdeutschen Gas-A.G. (Süwega), der bekanntlich auch die größeren nordbadischen Städte beigetreten sind, anzusehen ist. Nach dem sehr umstrittenen gemeinsamen Kauf der unererschlossenen Kohlenfelder im linksrheinischen Gebiet durch die Städte Köln und Frankfurt a. M., die den Städten erhebliche Zinslasten auferlegen, ist dieser Vorfall jedenfalls nicht geeignet, die Position der kommunalen Gaspolitik Frankfurts in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Frankfurt hatte 1920 den größten Teil der Braunkohlengewerkschaft Friedrich in Gungen, in der Zeit der Inflation und Kohlenknappheit recht billig erworben. Man hatte, wegen der sich schließlich einstellenden Schwierigkeit des Abjages der Braunkohle ein Schmelzwerk zur Erzeugung von Braunkohlengas. Seit 1927 ergaben sich Verluste, die 1928 infolge eines schadenfalls (Ausbruch einer Quelle im Tagebau) auf 3 Mill. Reichsmark anwuchsen. Eine Zubeute in dieser Höhe hat die Frankfurter Gasgesellschaft zu leisten, wodurch sie u. a. in diesem Jahre zur Ausschüttung einer Dividende nicht imstande ist, die nun dem Stadtfiskus fehlt. Besonders gerügt wird, daß über diese Vorgänge und über die finanzielle Lage der Frankfurter Gasgesellschaft nicht rechtzeitig und offen berichtet wurde, zumal es sich um ein in öffentlichem Besitz befindliches Unternehmen handelt, das im Vordergrund der Erörterungen über die Gasversorgung Südwestdeutschlands steht und dessen technische Einrichtungen als musterhaft gelten, dessen kaufmännische Gebarung aber nun auch in der Frankfurter Presse stark kritisiert wird. Dazu soll es sich um eine direkte Geheimhaltung der Verluste und Falschbuchungen handeln, die nicht nur das Stadtparlament, sondern auch den Stadtrichter beschäftigen dürften.

Das neue von der Frankfurter Gasgesellschaft der Hessischen kommunalen Gasgesellschaft (Hefoga) gemachte Angebot sieht die Gründung einer „Vereinigten Gaswerke Rhein-Neckar-Main A.-G.“ mit einem Aktienkapital von 20 Mill. Reichsmark vor. Von den durch die neue Gesellschaft an drei Stellen (Frankfurter Ostwerk, Mannheim, Mainz) zur Produktion kommenden 245 Mill. Kubikmeter Gas würde Frankfurt etwa 100 Mill. produzieren. Die drei Werke sollen untereinander durch Fernleitungen verbunden werden. Man will sich die Möglichkeit offenhalten, auch Ferngas zu beziehen, und denkt dabei vor allem an Saargas. Die Eigenerzeugung soll aber jederzeit die Kontrolle der Kosten ermöglichen. Wie die Verbindung mit den anderen Städten Nord- und Mittelbadens (außer Mannheim) gedacht ist, geht aus diesem Angebot nicht hervor. Der Gegenpieler der Süwega, die Ruhr, hat jetzt angekündigt, sich mit der Saar über die Gasversorgung Sessens verständigen zu wollen.

Das Verhältnis Frankfurts zu Köln ist immer noch ungeklärt. Die Meldung, daß ein Ferngasversorgungsvertrag Kölns mit Frankfurt zustande gekommen sei, wurde kürzlich dementiert. Die Entscheidung, bei der es darum geht, ob Köln mit den Ruhrgebiets sich verbindet oder nicht, soll nicht vor den kommunalen Neuwahlen erfolgen. Die Anschließung der gemeinsam mit Frankfurt a. M. für 16 Mill. Reichsmark erworbenen linksrheinischen Kohlenfelder ist aus finanziellen Gründen nicht möglich. Von Zeddenkonzernen sollen jetzt Angebote vorliegen, diese Kohlenfelder zu erwerben. Abgesehen von dem Bericht der den Zedden gehörenden Ruhrgas-A.-G. für das Jahr 1928, das als das erste Aufbaufahr des Unternehmens bezeichnet wird, in das auch schon die Inbetriebnahme des Ruhrnezes fiel, einen Gesamtverlust von 1.937 Mill. Reichsmark. Ende 1928 wurden 10 Mill. Kubikmeter Gas abgegeben gegen rund 8 Mill. zu Beginn des Jahres.

In der Waggonbauindustrie bestehen die verschiedenen Gegensätze borderhand weiter. Wenigstens kamen aber nun, nach Abschluß der Pariser Konferenz, die Verhandlungen über den 100-Millionen-Kredit wieder in Gang, mit dem die Banken größere Reichsbahnaufräge für die

Wert
10.— M
5.— M
8.— M
5.— M
10.— M
7.— M
7.— M
4.— M
5.— M
3.— M
10.— M
7.— M
2.— M
5.— M
15.— M
30.— M
4.— M
11.— M
4.— M
6.— M
4.— M
3.— M
3.— M
6.— M
3.— M
4.— M
4.— M
4.— M
7.— M
5.— M
5.— M
12.— M
15.— M
3.— M
6.— M
6.— M
r. Ge.

Waggonfabriken finanzieren sollen. Es heißt, daß die Verhandlungen, die jetzt einen direkten Kredit der Banken an die Reichsbahn, anscheinend mit Auslandshilfe, vorleben, schon ziemlich weit gediehen seien. Ein Abschluß des Kredits würde auch eine Einigung unter den Banken zur Vorbedingung haben, die dann auch das gegenseitige Verhältnis der Waggonfabriken, hinter denen diese Banken stehen, ins Reine bringen müßte. Im übrigen aber sieht es bisher noch durchaus nicht nach Frieden und Einigung aus.

Seit zwei Jahren liegt die Regelung der Reichsbahnaufräge in den Händen der deutschen Wagenbauvereinigung. Seit dieser Zeit bemüht man sich vergeblich, auch einen Verband zur Rationalisierung der sämtlichen inländischen und ausländischen Aufträge zu schaffen, da die Reichsbahn mit Rücksicht auf die Gesamtselbstkosten der Waggonindustrie, auf denen die Reichsbahnpreise basieren, auch für das freie Waggongeschäft eine Einigung verlangt. Dieser Tage ist nun die Gründung eines derartigen Quotenverbandes für das freie Waggongeschäft (Straßenbahnwagen, Kleinbahnwagen, Auslandsaufträge uhm.) erfolgt, der jedoch erst 16 Firmen mit rund 52 Proz. der errechneten Quoten umfaßt, während noch abseits stehende große Firmen, darunter der Westdeutsche Waggonbau in Köln, sich Erklärungsfrist bis 19. Juni vorbehalten haben. Die Reichsbahn hat sich für ihre Zustimmung eine Frist bis 5. Juli gesetzt. Die neue Vereinigung nennt sich **Denwi** (Deutsche Waggonindustrie). Sie hat auch, was den Zinsablaß anlangt, mit der Schwere zu kämpfen, die in der Abnehmer, u. a. die großen Straßenbahnen wie Berlin, Frankfurt, Leipzig und die A.-G. für Verkehrswesen, die 80 Proz. des deutschen Privatbahnnetzes kontrolliert, das beabsichtigte Quotenkartell nicht hinnehmen wollen und mit drei Waggonfabriken ein Abkommen geschlossen haben, das die Verpflichtung enthält, 50 Proz. der Aufträge an diese Firmen (die A.-G. Urdingen, die Hannoverische Waggonfabrik und Christoph und Unmack in Nießky, Oberlausitz) zu vergeben.

In dem Schuhmacherdorf Hlin in Mähren ist im Krieg und in der Nachkriegszeit die größte Schuhfabrik der Welt entstanden. Ihr Gründer, **Thomas Bata**, fing als Sohn eines Tischlers und Sattlers ganz klein an und legte erst im Krieg, als es ihm gelang, große Militäraufträge zu bekommen, den Grund zur heutigen Größe seines Unternehmens, worauf er in Amerika Erfahrungen sammelte und an den eigentlichen Ausbau ging. Dank der niedrigen Löhne in der Tschechoslowakei konnte er in steigendem Maß seine Schuhe nach dem Ausland, gerade auch nach Deutschland, absetzen, und zuletzt wurde seine tägliche Erzeugung auf 75 000 Paar Schuhe angenommen. Freilich hat ein empfindlicher Rückschlag eingeleitet, dem Bata nun durch eine neue Erzeugungsorganisation und Neuorganisation seines Auslandsgeschäftes entgegenarbeiten will. Die tschechische Schuhfabrik nach Deutschland beträgt 75 Proz. der Gesamteinfuhr, und es ist klar, daß die deutsche Schuhindustrie darunter auf das Schwerste leidet. Ihre Arbeitsgemeinschaft hat kürzlich **Sollschuhmaßnahmen** gefordert, die sie damit begründet, daß in erster Linie durch die tschechoslowakische Konkurrenz, deren Einfuhr nach Deutschland das drei- bis vierfache der Vorkriegszeit beträgt, immer mehr Schuhfabriken in Deutschland zum Erliegen kommen.

Außerdem bemüht man sich, auch durch Rationalisierung, die freilich zu lange hinausgezögert wurde, dieser Konkurrenz zu begegnen. So sind deutsche Fabriken daran, Einheitspreisschuhe herzustellen. Führende deutsche Großschuhgeschäfte haben ferner einen Großeinkaufsbund gegründet, der gleichzeitig die Rationalisierung in der Fabrikation und in der Preisgestaltung fördern soll. Bata, der seine Ware bisher in Deutschland durch zwei bekannte deutsche Schuhwarenfirmer vertreiben ließ, die große Handelsgewinne dabei erzielten und im Gegenzug zu anderen deutschen Schuhfirmen sehr günstige Abschlüsse haben, hat jetzt zwei Schuhhandelsunternehmen in Deutschland, die **Romeo A.-G.** und die **Hamburger Firma Paul Stiller** erworben, die in Deutschland zahlreiche Verkaufsgeschäfte besitzen. Darüber hinaus kündigt er an, daß er auch eigene Produktionsstätten in Deutschland errichten werde, womit er offenbar der verlangten Erhöhung der Schutzölle begegnen will. In den deutschen Bata-Werken sollen auch Schuhe für den Export hergestellt werden.

Vereinfachte Besteuerung der Landwirtschaft. Der Reichsminister der Finanzen hat zur Prüfung der Frage einer vereinfachten Besteuerung der Landwirtschaft eine **Kommission** eingesetzt, die aus Vertretern des Reichstags, der Landwirtschaft und der Wissenschaft bestehen und unter seinem Vorsitz tagen soll. Die Kommission soll insbesondere die Frage prüfen, ob es möglich sein wird, die gegenwärtig auf der Landwirtschaft ruhenden Steuern durch eine einheitliche Steuer zu ersetzen. Die erste Besprechung soll am 26. Juni stattfinden.

Der Überfall von Willemstad. Der venezolanische Geschäftsträger im Haag hat der holländischen Regierung das Bedauern über den Überfall venezolanischer Banden auf Willemstad (Curacao) zum Ausdruck gebracht. Die Ueberer des Überfalles, die sich in den venezolanischen Staat zurückgezogen haben, sollen geschlagen worden sein und flüchten in die Berge.

Die aufständischen Stämme in Persien. Nach einem Bericht aus Schiras ist ein großer Teil der Provinz Karistan durch die revoluzionierenden Stämme abgeschnitten. Bei Rudbar soll es zu Kämpfen mit Regierungstruppen gekommen sein. Die Kaiserin von Kasern ist von Insurgenten eingeschlossen. Auch die Straße von Isfahan nach Schiras ist unterbrochen.

Minderheitendebatte in Madrid

Verbesserung des Verfahrens

Der Völkerverbund in Madrid hatte am Donnerstag eine zweistündige Aussprache zum Bericht **Moschis** über die Verbesserung des Minderheitenverfahrens. Reichsminister **Dr. Stresemann** gab eine längere Erklärung ab, in der er die Verbesserung des Verfahrens bei der Behandlung der Minderheitenbeschwerden würdigte und die grundsätzliche Stellungnahme Deutschlands nochmals begründete.

Stresemann nannte die im Ratkomitee erzielten Ergebnisse „eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Behandlung der Minderheitenfragen“, er lehnte aber die prinzipielle Auffassung des Londoner Berichts, daß eine allgemeine Festlegung der Minderheitenrechte des Völkerverbunds notwendig sei und über die Verträge hinausgehe, ab, und behielt es als das Recht jedes Mitgliedes und jedes Völkerverbundsmitgliedes vor, jederzeit darauf zurückzukommen.

Die entgegengesetzten Erklärungen der Vertreter der Minderheitenstaaten, **Titulescu** und **Jaleff**, daß sie das neue Verfahren nur im Geiste des Londoner Berichts anerkennen könnten, waren sehr kurz und wurden von **Briand** dahin kommentiert, daß jedes Mitglied seine besondere grundsätzliche Auffassung haben könne, wenn nur in der praktisch anzuwendenden Weise die erforderliche Einstimmigkeit erzielt werde. Eine Stelle in den Briand'schen Ausführungen die als eine neue Stütze der sogenannten Assimilationstheorie angesehen werden könnte, legte **Dr. Stresemann** nachher unter Zustimmung des französischen Außenministers in dem Sinne klar, daß die Minderheiten sich nicht in die Mehrheitsvölker zu verschmelzen brauchen, sondern das volle Recht haben, ihre Sprache und kulturelle Eigenart zu wahren und zu pflegen.

Eine weitere wertvolle Festlegung, die in der Entscheidung nicht ausdrücklich hervorgehoben ist, von **Danburand** aber mit Nachdruck betont, von Außenminister **Dr. Stresemann** nochmals unterstrichen und von **Briand** anerkannt wurde, betrifft die **Kompetenz der Minderheitenausschüsse**, bei der Prüfung der Petitionen und Einziehung eigener Informationen vollständig frei zu sein und sich somit auch direkt an die Minderheitenvertreter wenden zu können.

Die bisher erzielten Verbesserungen für die Minderheiten werden von der „**Frank. Ztg.**“ dahin zusammengefaßt:

Bis jetzt erfuhr eine klagende Minderheit nichts über das Schicksal ihrer Eingabe, ob sie vom Generalsekretariat des Völkerverbunds angenommen und einem Dreierkomitee überwiesen wurde oder nicht, und was diese mit ihr machte oder gemacht habe. Von jetzt an hat der Generalsekretär die Petitionäre davon in Kenntnis zu setzen, wenn ihre Eingaben aus formalen Gründen nicht in Behandlung genommen werden können. Sodann wird den Minderheitenstaaten erwartet, daß sie ihre Zustimmung dazu geben, die Resultate der Prüfung der Minderheitenbeschwerden so oft als möglich in „**Journal Officiel**“ zu veröffentlichen, und schließlich muß der Generalsekretär noch jährlich einmal eine Statistik über alle eingegangenen und behandelten Minderheitenklagen und die Zahl der dafür abgehaltenen Sitzungen veröffentlichen. Die verhängnisvolle Geheimerei, welche bisher mit allen Minderheitenpetitionen getrieben wurde, wird damit zweifellos endgültig durchbrochen, und die öffentliche Meinung kann die Lage der Minderheiten und ihre Beschwerden mit ganz anderer Aufmerksamkeit als bisher verfolgen.

Chamberlain über Völkerverbund und Minderheiten

W.D. London, 14. Juni (Tel.) „Times“ veröffentlicht einen fast drei Spalten langen Artikel **Sir Austen Chamberlains** über „Völkerverbund und Minderheiten“. Chamberlain nimmt Bezug auf eine Meldung der „Times“ vom 7. Juni aus Madrid, wonach der Dreierbericht über die Minderheitenfrage dazu beitragen, Europa in zwei Lager zu spalten, nämlich die Länder mit fremden Minderheiten innerhalb ihres Gebietes und diejenigen, die von ihren Nachbarn durch die neuen Grenzen getrennt seien. Er bemerkt, vom Augenblick an, wo „gewisse Mächte es für notwendig erachteten, die Frage formell vor den Rat zu bringen“, sei eine derartige Spaltung unvermeidlich gewesen, und aus diesem Grunde „bedauerten einige von uns die Zwischenfälle der Lugano-Lage, die die Erörterung übertrugen“. Die Änderung der Völkerverbundsatzung ist fast unerreichbar, weil sie die einstimmige Zustimmung aller Mitgliedsstaaten erfordert, und weil die Änderung so schwierig ist, ist es doppelt ungewöhnlich, irgend einen Versuch zu unternehmen, den Völkerverbund seiner Anpassungsfähigkeit zu berauben, die er gerade den Vätern in seiner Verfassung verdankt.

Eine Kundgebung des Rheinlandes

Für bedingungslose Räumung

Fünf politische Parteien der Rheinprovinz, nämlich Zentrumspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationalen Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei und Wirtschaftspartei, veröffentlichten einen Aufruf, in dem es heißt:

„Die nach Abschluß der Reparationskonferenz in den Vordergrund des öffentlichen Interesses tretenden Fragen der Rheinlandräumung veranlaßt die unterzeichneten politischen Parteien des Rheinlandes erneut, den einmütigen Willen der rheinischen Bevölkerung feierlich Ausdruck zu verleihen. Das Recht Deutschlands auf sofortige Räumung des gesamten besetzten Gebietes kann ernstlich nicht bestritten werden. Auch nach vollzogener Räumung bedeuten die einseitigen Entmilitarisierungsbestimmungen des Friedensvertrates eine untragbare Belastung des Rheinlandes.“ Weiter heißt es in dem Aufruf: „Die Einsetzung einer ständigen Festlegungs- und Vergleichskommission im Rheinland, die Frankreich widerrechtlich gegen die Räumung einzuhandeln versucht, würde den Abzug der Besatzung wirkungslos machen und eine neue Entrechtung des rheinischen Gebietes bedeuten und auch die Wirtschaftskraft des Rheinlandes auf das schwerste treffen. Mit einer solchen Verewigung des Unfriedens — möge die neue Kommission auch den Namen „Verständigungskommission“ tragen — will die rheinische Bevölkerung die Räumung niemals erkaufen wissen.“

Zum Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, die ihren Sitz in Berlin hat, ist Direktor **Haube** ernannt worden. Die neue Stelle soll in keinerlei Konkurrenz mit den bisher auf dem Gebiete der Marktbeobachtung tätigen Stellen treten, vielmehr mit ihnen in enger Fühlung bleiben. Sie dient der planmäßigen wissenschaftlichen Erforschung der mit dem Absatz und der Preisbildung landwirtschaftlicher Produkte zusammenhängenden Fragen.

Der Ägypterkönig in Berlin. Mit einem Festessen und Empfang der ägyptischen Gesandtschaft hat der offizielle Teil des Besuchs des ägyptischen Herrschers in Berlin sein Ende gefunden. Nach Beendigung des Staatsbesuches wird König **Fuad** zwölf weitere Tage in Deutschland verbringen, um wichtige Handels- und Industriezentren, Hamburg, das Ruhrgebiet, Halle, München zu besichtigen.

Aus dem Reichstag

Justizdebatte — Intensiviertes Arbeitstempo

Der Reichstag genehmigte in der Sitzung am Donnerstag ohne Aussprache die Vorlage über die Zollperre in Ostmarken und den deutsch-südslawischen Vertrag, der ein Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen beiden Staaten in der Sozialversicherung festlegt.

Der Justizetat, der dann zur zweiten Beratung kam, führte zu der alljährlich wiederkehrenden Aussprache über die Frage, ob eine Vertrauenskrise der Justiz vorhanden sei oder nicht. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß auch der sozialdemokratische Redner heute eine Befestigung der Verhältnisse feststellte. Er beschränkte diese Feststellung aber auf die unteren Instanzen und griff um so scharfer die Rechtsprechung und die Zusammensetzung des Reichsgerichts an.

Von den Rednern der bürgerlichen Parteien wurde vor Beginn der Aussprache in der Kritik genannt. Die Tätigkeit der Presse bei der Berichterstattung und die Kritik bei der Rechtsprechung wurde recht verschieden beurteilt, von einigen Rednern gepriesen, von anderen verdammt. Die Verdammungsurteile kamen aber von Sprechern, die nicht ganz unbeteiligt bei diesem Streit sind, nämlich von Berufsrichtern. Immerhin ist festzustellen, daß von allen Rednern, auch von den scharfsten Kritikern der Presse, ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Justiz und Presse gefordert wurde.

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokraten traten für die Vereinfachung der Justiz und für eine Vereinfachung der Organisation ein. Beschwerden des sozialdemokratischen Redners gaben dem Reichsjustizminister Veranlassung zur Erklärung, daß er sich mit dem Reichsgerichtspräsidenten in Verbindung gesetzt habe, um die Gutachterfähigkeit der Reichsgerichtsräte einzufordern. Die nebenberufliche, schiedsrichterliche Tätigkeit der Mitglieder des Reichsgerichts werde sich erst im Zusammenhang mit dem neuen Beamtenrecht abstellen lassen. Von den Deutschnationalen eingehenden **Annemietentwurf** zugunsten der sogenannten „**Gememörder**“ lehnte Reichsjustizminister **v. Guérard** ab unter Hinweis auf die ablehnende Entscheidung des Reichstags im vorigen Jahre. Der Entwurf wurde in der Abstimmung dem Rechtsauschuß überwiesen.

Nach der Annahme des Justizetats wurden auch die am Mittwoch zurückgestellten Abstimmungen zum Postetat vorgenommen. Der Haushalt der Reichsdruckerei und der Post wurden in der Ausschussfassung angenommen, dazu verschiedene Entschlüsse, in denen u. a. eine Verbesserung der Fernspreerverhältnisse auf dem Land verlangt wird.

Präsident **Löbe** teilte im Laufe einer Geschäftsordnungsdebatte mit, daß die dritte Beratung sämtlicher Etats noch vor dem 1. Juli erledigt werden soll. Der Reichstag wird also in den nächsten Tagen die Redelust dämpfen und ein intensiviertes Arbeitstempo einschlagen müssen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Freitagssitzung, die um 11 Uhr begann, steht der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Im Reichstag erklärte heute Verkehrsminister **Stegerwald**, daß die Regierung einer Tarifserhöhung bei der Reichsbahn in der gegenwärtigen Stunde ablehnend gegenüberstehe.

RDZ. Berlin, 14. Juni. (Tel.) Im Ältestenrat des Reichstags einigte man sich darüber, daß nach der Erledigung des Verkehrssetats zunächst der Wehretat beraten werden soll (zwei Stunden Redezeit), dann das Finanzministerium und die Finanzverwaltung (je eine Stunde). Die zweite Hälfte der nächsten Woche ist der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes vorbehalten.

Der Reichsrat

Stimmte am Donnerstag der Verlängerung der Reichshochrechnung auf ein halbes Jahr zu. Bis dahin will das Reichsjustizministerium die neue Reichshochrechnung fertiggestellt haben.

Ferner wurden drei Vertreter des Reichsrates für den 28gliedrigen Sachverständigenausschuß zur Reform der Arbeitslosenversicherung ernannt. Dazu wurde eine Entscheidung angenommen, die Arbeiten der Sachverständigen sein dringlich und müssen bis Anfang Juli beendet sein. Das Reichsarbeitsministerium ließ erwidern, daß ein Sofortprogramm für die Reform der Arbeitslosenversicherung noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages verabschiedet werden solle, daß aber die Arbeiten der Sachverständigen an den weniger dringlichen Fragen Anfang Juli noch nicht beendet sein könnten.

Ein von Bayern beantragtes Gesetz, das die wahrheitsmäßige Herkunftszugehörigkeit des Popsens erzwinge, wurde angenommen. Durch eine vom Reichsrat genehmigte Novelle zum Hypothekendarlehen sollen einige während der Inflationzeit aufgehobene Beschränkungen für den Geschäftsbetrieb der Hypothekendarlehen wieder eingeführt werden, namentlich die Bestimmung, daß die Hypothekendarlehen nur bis zur Höhe ihres halben Grundkapitals aufnehmen dürfen. Endlich stimmte der Reichsrat noch der Aussetzung von Rechtsstreitigkeiten über die Renten der Standesherrn gegen die Stimmen von Bayern, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien mit verfassungsändernder Mehrheit zu.

Die 35. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in München war nur an den beiden letzten Tagen einigermaßen vom Wetter begünstigt. Darunter litt der Besuch dieser der Fläche nach größten Ausstellung. Die Besucherzahl enthielt aber einen sehr viel größeren Prozentsatz an Landwirten als sonst; in den ersten vier Tagen während des stürmenden Regens waren fast ausschließlich Landwirte auf dem Platz. Die Ausstellungen der nächsten Jahre werden in Köln, Hannover und Mannheim stattfinden.

Ozeanflüge

„**Gelber Vogel**“ und „**Grüner Vlies**“

Bei New York startete am Donnerstag 10.10 Uhr vormittags (8 Uhr mitteleurop. Zeit) unter dem Jubel von 20 000 Zuschauern das französische Fernflugzeug „**Gelber Vogel**“ (Ciseau Jaune) zum Transoceanflug nach Paris. Seine Besatzung besteht aus Lottin, Afolant und Lefebvre. Wenn alles glatt verläuft, so ist mit dem Eintreffen der Maschine auf dem Pariser Flugplatz frühestens in der Nacht zum Samstag zu rechnen.

Das amerikanische Flugzeug „**Grüner Vlies**“ (Green Flash), das 13 Minuten nach dem „Gelben Vogel“ startete, geriet mit dem Fahrgefell nach den ersten 500 Metern in ein Loch. Heute soll der Apparat wieder abflugfertig zur Transoceanüberquerung nach Rom sein.

W.D. New York, 14. Juni. (Tel.) Nach einem Bericht des Dampfers „**Bythville**“ ist das Flugzeug „**Ocean Jaune**“ gestern Abend um 10.45 Uhr amerikanischer Zeit auf 41 Grad 9 Minuten nördlicher Breite und 49 Grad 14 Minuten westlicher Länge gesichtet worden.

Eintall der Russen in die Mongolei?
Drohender Kriegskonflikt mit China und Japan

WPA. London, 14. Juni. (Tel.) In großer Aufmachung und unter der Überschrift „Kriegsakt der Sowjetregierung in China“ berichtet „Daily Express“ aus Peking:

Russland hat den ersten direkten Kriegsakt gegen China unternommen als Folge der künftlichen chinesischen Herausforderungen in der Mandschurei, wo der Kampf um den Besitz der sibirischen Grenze überhört. Sowjettruppen haben bereits die sibirische Grenze überschritten. Posten sind in Abaitar (Mongolei) errichtet worden und Sonderzüge eilen mit Verstärkungen auf der Transsibirischen Eisenbahn herbei. Der Diktator der Mandschurei, Tchang Kailiang, der Sohn und Nachfolger Tchangscholins, hat einen dringenden Appell nach Nanjing geschickt, in dem er Maßnahmen zum Schutz seines Gebietes fordert. Eine Vollziehung des Zentralvollzugsrates ist in Eile einberufen worden, um die drohende Lage zu erwägen.

Einem Bericht des „Daily Telegraph“ zufolge schätzt Tchang Kailiang die Zahl der nördlich der Großen Mauer stehenden chinesischen Truppen auf 300 000 voll ausgerüstete Mannschaften, die über Feldgeschütze, Haubitzen und reichliche Munition verfügen. Man nehme in Nanjing an, daß Tokio eingreifen werde, wenn Beweise vorhanden seien, daß die russische Invasion ein Ausmaß annehme, das die ganze Mandschurei gefährden könne. Die chinesischen Truppen seien bereits in einer Art Mobilisierung begriffen.

In einem Leitartikel führt „Daily Telegraph“ aus, wenn die Information des Generalgouverneurs der Mandschurei den Tatsachen entspreche, könne sich die Lage sehr ernst gestalten, abgesehen davon, daß diese Aktion die Aufrichtigkeit der Annahme des Kelloggspaktes von Seiten der Sowjetregierung in merkwürdiger Weise bezeugte. Russlands Absicht geht vielmehr dahin, die äußere Mongolei zu annektieren, die eine nominell unabhängige und hilflose Republik bilde und ferner einen Teil der chinesischen Mongolei zu besetzen, bis Genugtuung für die Überfälle auf die russischen Konsulate gegeben werde. Sollte die Mandschurei selbst angegriffen werden, so könne dies ein Eingreifen Japans zum Schutz seiner ausgedehnten Wirtschaftsverhältnisse in dieser Provinz zur Folge haben. Wenn es wirklich zu Feindseligkeiten komme, so könne dadurch die gesamte internationale Lage im fernsten Osten in die ungewisse und gefährliche Lage zurückgeworfen werden, aus der sie herausgelangt zu sein scheint.

Lob Deutschlands aus griechischem Mund

Die weitverbreitete Athener Zeitung „Gleichen Bina“ veröffentlichte kürzlich den Brief eines „ungenannten angesehenen Griechen, der in Berlin wohnt“. Da dieser Brief ein erfreuliches Urteil nicht nur für Griechenland, sondern auch für Deutschland darstellt und auf eine innere Verbundenheit zwischen beiden Völkern hinweist, sei er hier in Kürze wiedergegeben:

Alle Auslands-Griechen, schreibt der Berliner Grieche, hätten mit Ehrbegeisterung das Ergebnis der Senatswahlen erwartet, da es die Entscheidung darüber bringen sollte, ob Benizelos sein großes Werk fortsetzen könne oder nicht. Die Kammerwahlen im August 1928 hätten ja gezeigt, daß das griechische Volk Benizelos zum Leiter seiner Geschicke wünsche, und Benizelos habe seitdem durch große Erfolge sich wieder als Führer und Leiter bewährt. So wurde Benizelos im April 1929 von neuem bestätigt.

Der Verfasser preist das Glück, daß der große griechische Staatsmann, der vor 9 Jahren von seinem Volke im Stiche gelassen worden sei, kräftig und voll größter Arbeitslust ihm wieder werden dienen können. Nun müsse das Volk seinem Beispiele folgen und Parteigeiz und Sonderinteressen zurückstellen. Als wichtiges Beispiel wird die Lösung der Beamtenfrage angeführt. Sicherlich lebten die Beamten Griechenlands auch nicht im Paradies, aber wenn man sie mit den Beamten Deutschlands vergleiche, müsse man feststellen, daß die deutschen das Vielfache der griechischen Beamten leisteten. Dennoch seien sie in Deutschland zum Teil mittellos abgebaut worden. In Griechenland könne man ruhig ein Drittel der Beamten streichen, das das Land die jetzige Zahl von 45 000 unmöglich ernähren könne. Die griechischen Beamten und das griechische Volk würden mehr arbeiten, wenn sie die Verhältnisse in Deutschland kennengelernt hätten.

„Nur müht nach Deutschland kommen“, schließt der griechische Briefschreiber, „um hier das deutsche Wunder zu sehen, wie der Deutsche sich von Todeskrankheit wieder auferichtet hat, wirtschaftlich aufblüht und sich in der Vorhut der glücklichen Länder befindet“. Was in Deutschland geschieht, muß auch bei uns geschehen: Überarbeit, Übererzeugung, Überwirtschaft; das muß unsere Lösung sein. Helfen wir uns selbst!“

Badischer Teil

Schadlingsbekämpfung

Das Badische Weinbauinstitut, Freiburg i. Br., gibt folgendes bekannt:

Wie von uns vorausgesetzt, ist die **Peronosporkrankheit**, unterstützt durch feuchtschwüles Wetter, vom 8. Juni an an sehr zahlreichen Stellen der Ortenau, des Breisgauer und der Markgraafschaft festgestellt worden. Da die Ausbreitungsbedingungen für den Pilz zur Zeit sehr günstig sind, müssen bis zum 20. Juni, bis zu welchem Zeitpunkt ein weiterer, verstärkter Ausbruch zu erwarten ist, alle Reben sorgfältig geprüft sein. Von einem alleinigen Bestäuben zur Bekämpfung der Peronosporkrankheit ist bei dem gemittelteren Wetter abzuraten.

Um die eben geschlüpften **Spinnwürmer** gleichzeitig mit abzutöten, verwerde man arsenhaltige Kupferalkalibrühen, wie 1prozentige Schwefelfurter-Grün-Kupferalkalibrühe, oder 1,5prozentige Nospin-Kupferalkalibrühe oder Jungwurmandbrühe. — 100 Liter einer 1prozentigen Schwefelfurter-Grün-Kupferalkalibrühe stellt man wie folgt her: 1 Kilogramm Kupferalkali werden in 50 Liter Wasser gelöst. 150 Gramm eines Schwefelfurter-Grün-Präparates werden mit 1,5 Kilogramm Speckalk im Innern zerkrüht und dann auf 50 Liter mit Wasser aufgefüllt. Schließlich gießt man langsam unter Umrühren die Kupferalkalilösung in die Schwefelfurter-Grün-Kalkmilch. Es ist darauf zu achten, daß Blatunterseiten und Gescheine von der Sprikbrühe gut getroffen werden.

Die großen Ferien

Die Sommerferien an den Mittel- und Volksschulen erstrecken sich auf die Dauer von 6 Wochen. Erster Ferientag ist der 1. August, letzter Ferientag der 11. September.

Aus dem Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Aufnahme in das Staatsdiplom. Anmeldungen zum Besuch des Staatsdiplomats im bevorstehenden Winterhalbjahr sind spätestens bis zum 1. Juli 1929 an die Direktion der Anstalt schriftlich zu richten. Später einlaufende Gesuche können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 14., 15. und 16. Oktober statt. Der Unterricht beginnt Donnerstag, den 17. Oktober 1929, 10 Uhr, mit der Einweisung der Studierenden.

Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Lehranstalten. Auf Grund der im Mai 1929 abgeschlossenen Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Lehranstalten sind für bestanden erklärt worden in der Abteilung für neuere Sprachen und Geschichte 4 Kandidaten, in der Abteilung für Mathematik und Naturwissenschaften gleichfalls 4 Kandidaten.

Die Musiklehrerprüfung 1929. Anfang Dezember d. J. findet eine Musiklehrerprüfung statt. Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bis zum 15. Oktober d. J. unter Vorlage der in der Verordnung geforderten Nachweise beim Ministerium des Kultus und Unterrichts einzuweisen. Zur Prüfung werden zugelassen Lehrer, welche die Dienstprüfung bestanden und seit ihrer Aufnahme unter die Volksschulcandidates sich mindestens zwei Jahre lang ihrer weiteren musikalischen Ausbildung gewidmet haben. Die Kandidaten haben bei ihrer Bewerbung ihre Stimmlage anzugeben.

Die zweite Prüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen im Oktober 1929 wird am Montag, dem 23. September 1929, vormittags 8 Uhr, beginnen. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind bis spätestens 22. Juli 1929 beim Ministerium einzuweisen.

Ausbildungsrufe für Knabenhandfertigkeitsunterricht. Zur methodischen Ausbildung und Fortbildung von Lehrern für Knabenhandfertigkeitsunterricht (Modell-, Papp-, Buch-, Bind-, Sadel-, Metallarbeiten) wird in der Zeit vom 1. bis 20. August d. J. für Lehrer aller Schulgattungen ein Lehrtursus abgehalten. Anmeldungen sind unter Anschluß von Nachweisen über die Vorbildung, namentlich im Zeichnen, spätestens bis 1. Juli 1929 einzureichen. Dabei ist anzugeben, in welchen der oben genannten Fächern die Ausbildung vorzugsweise gewünscht wird.

Rein Bafivium mehr nach der Schweiz

Mit Wirkung ab 1. Juli bedürfen Staatsangehörige aus Deutschland, Österreich usw., welche nach der Schweiz reisen, oder Schweizer, die in benannte Staaten reisen, keines Bafiviums mehr, und zwar auch dann nicht, wenn die Einreise ohne Diensttritt gilt. Dagegen ist ein gültiger Heimatschein erforderlich. Der Bafinhaber hat sich nach erfolgter Einreise innerhalb 8 Tagen bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. Die juristische Behörde macht aber aufmerksam, daß für Dienstleistungen im Amt der Bafingewaltigung zur Niederlassung bei der kantonalen Fremdenpolizei nach wie vor eingeholt werden muß.

Tagungen

Der Gau Baden des Deutschen Apothekervereins hat auf seiner Landesversammlung in Offenburg am 28. Mai beschlossen, beim Ministerium des Innern die Wiedereröffnung des **pharmazeutischen Studiums an der Technischen Hochschule in Karlsruhe** zu beantragen. Diefem Wunsche könne insofern leicht nachgegeben werden, als an der Technischen Hochschule Karlsruhe Professoren für Botanik, Chemie und Physik bereits bestehen. Auch verdere er im Interesse der Erhaltung der Karlsruher Hochschule die Unterstützung des Badischen Landtags und der Stadt Karlsruhe.

Aus der Landeshauptstadt

Badisches Landestheater. In Kürze wird die diesjährige Spielzeit des Badischen Landestheaters zu Ende gehen. Am 7. Juli wird die letzte Opervorstellung, am 8. Juli die letzte Schauspielvorstellung sein. Die Wiedereröffnung des Landestheaters erfolgt am 14. September, und zwar im Schauspiel mit Goethes „Faust“, dessen beide Teile neu einstudiert an zwei Abenden zur Aufführung kommen. Die Oper beginnt mit Richard Wagners „Lohengrin“, „Der Ring der Nibelungen“, deren Vorspiel „Das Rheingold“ am Dienstag, den 17. September, den Zyklus eröffnet.

Der Spielplanentwurf für die nächste Spielzeit ist fertiggestellt, er wird eine Reihe bedeutender Werke der Weltliteratur in Oper und Schauspiel aufzeigen und wertvolle Neuererscheinungen der modernen Literatur bringen. Näheres darüber wird bald mitgeteilt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In Baden kam es gestern früh wie von selbst zu leichtem Regenfall in der frühen, westlichen Winde. Unter dem Einflusse eines Zwischenhochs, dessen Kern über Süddeutschland liegt, herrscht augenblicklich wolkenloses Wetter. Die Aufheiterung wird jedoch nicht von längerer Dauer sein, da das nordwesteuropäische Tiefdruckgebiet einen neuen Randwirbel bei Island erzeugt hat, dessen Annäherung uns wieder aufziehende Wolke und Regen bringen wird. Der Durchzug einer nach Südrand sich erstreckenden Tiefdruckrinne wird wegen der zu erwartenden stärkeren Erwärmung auf ihrer Vorderseite voraussichtlich von verbreiteten Gewittern begleitet sein. **Wetterausichten für Samstag:** Noch verbreitete Gewitter, zeitweise wollig und kühl, bei frischen Westwinden; frühzeitig noch Nachregen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Seiblen (Sezenal) wurde der bisherige Bürgermeister Karl Katterer mit 186 von 189 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. — In Werzhäusen bei Freiburg wird neben dem bisherigen Bürgermeister Beh auch der Kandidat des Badischen Bauernvereins, Bezirks- und Gemeinderat Lambert Schill, kandidieren. — In Linach wurde der bisherige Bürgermeister Straub, der dieses Amt schon 36 Jahre inne hat, mit 90 von 92 Stimmen zum fünften Male wiedergewählt.

Dienstvertrag mit dem Bürgermeister in Kandern. Der Bürgerausschuss Kandern genehmigte den Dienstvertrag mit dem neu gewählten Bürgermeister Matter. Matter wird in Gruppe IV b eingereiht und hat Aufzuchtungsstellen nach Gruppe III. — Weiter wurde der Ankauf des Grundstückes bei der Tomatenfabrik Kammüller für das städtische Schwimmbad genehmigt.

Obstgroßmarkt der Stadt Weinheim. Unter Leitung des Obstoberinspektors Martin aus Ladenburg wurde in diesen Tagen der diesjährige Obstgroßmarkt der Stadt Weinheim auf dem Badeningelände eröffnet. Eine Vergrößerung und Verbesserung der Einrichtungen des Obstgroßmarktes und die Anschaffung einer Verteilungsausbe für nächste Zeit vorgesehen. Anfuhr, Lagerung und Verkauf werden nach Durchführung der Verbesserungen wesentlich erleichtert sein. Es bestehen die günstigsten Aussichten dafür, daß der Obstgroßmarkt der Stadt Weinheim binnen kurzem sämtliche Obst- und Gemüseprodukte der Bergstraße und der angrenzenden Bezirke des Oberrheinlandes umfassen wird.

Kurze Nachrichten aus Baden

Op. Heppenheim, 14. Juni. Die von den Gesundheitsbehörden eingeleiteten Maßnahmen zur Verhütung der **Typhuserkrankungen** in Heppenheim a. d. B. haben dazu geführt, daß die Ausbreitung der Krankheit jetzt schon sehr stark eingedämmt worden ist. Seit Ende Mai sind insgesamt nur noch 11 Personen erkrankt, die in das Krankenhaus nach Heidelberg übergeführt wurden, so daß die Zahl der Erkrankten seit Mai sich auf insgesamt 80 beläuft. Auch sei entgegen übertriebenen Behauptungen in der Presse festgestellt, daß die Zahl der Todesfälle 5 nicht überschritten hat. Dant der systematischen Untersuchungen ist es gelungen, den **Seuchenherd** festzustellen. Ein Brunnen der Wasserleitung im Dorf Erbach bei Heppenheim ist gänzlich unbrauchbar. Ebenso wurde festgestellt, daß das Wasser in der Erbach stark verunreinigt ist. Die Quellen, die verdächtige Keime enthalten, sind seit 10 Tagen geschlossen.

Hd. Schopfheim, 14. Juni. Von der Strafabteilung des Amtsgerichts Schopfheim wurde eine **Weinpfandschere** größeren Stils abgeurteilt, wie sie in Baden erspürlicherweise nicht zu den Alltagsgeräten gehört. Der Käufer und Weinbändler Gottlieb Philipp in Wehr hatte einen Rebwein stark mit Apfelsaft vermischt und das Getränk als Marktgrüster Wein in den Handel gebracht. Des Weiteren wurde ihm durch die Weinkontrolle nachgewiesen, einen großen Kisten Wein aus Amerikanertröben erheblich über das zulässige Maß mit Zuckersäure vermengt zu haben. Philipps wurde zu 6 Wochen Gefängnis und zu 2400 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Die Untersuchungshaft kommt an der Strafe nicht in Anrechnung. Etwa 8000 Liter des beanstandeten Weines wird eingezogen. Der Buchhalter des Verurteilten erhielt wegen Begünstigung 3 Wochen Gefängnis.

Op. Speyer a. Rh., 14. Juni. Wie mitgeteilt wird, findet die **Neunhundertjahrfeier der Grundsteinlegung des Domes** in Speyer vom 12. bis 14. Juni 1930 statt. Für die Jubiläumsfeier des Kaiserdomes ist noch eine gewaltige Aufgabe zu lösen in der Domrestauration, für deren Durchführung seit einiger Zeit Verhandlungen um Gewährung von Zuschüssen schweben. Es soll außerdem von dem eigens gegründeten Dombauverein eine Lotterie veranstaltet werden.

Hd. Straßburg, 13. Juni. Die **Baubrücke** im Zuge der neuen Rheinstraße nach Rehl ist fertiggestellt. Sie wird in den nächsten Tagen mit der neuen Rheinstraße dem Verkehr übergeben werden. Die neue Baubrücke, so genannt, weil sie das neue Hafenbeden Bauban überbrückt, dürfte die schönste und modernste sämtlicher Straßburger Eisenbrücken sein. Sie ist circa 98 Meter lang, die Höhe des Kreisbogens ist 21,50 Meter, ihr Gewicht 2200 Tonnen. Jederseits der 12 Meter breiten Straße befindet sich ein Bürgersteig von 5,60 Meter Breite. Die Gesamtkosten betragen annähernd 6 Millionen Franken. Von dem Platz der feinerzeit verschobenen Brücke aus sieht man in einem Umkreis von 300 Metern nicht weniger als 6 Brücken, an deren Fertigstellung noch gearbeitet wird.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	14. Juni		13. Juni	
	Geht	Kommt	Geht	Kommt
Amsterdam 100 G.	168.21	168.65	168.26	168.60
Kopenhagen 100 Kr.	111.63	111.85	111.64	111.86
Italien . . . 100 L.	21.915	21.955	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.316	20.356	20.318	20.358
New York . . . 1 D.	41.935	41.975	41.910	41.950
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.59	80.75	80.61	80.77
Wien 100 Schilling	58.855	58.971	58.90	58.970
Prag . . . 100 Kr.	12.401	12.421	12.405	12.425

Der **Londoner Feingoldpreis**. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 12. Juni beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11½ d. bzw. für ein Gramm Feingold 82,7696 pence.

Mittelbadische Eisenbahnen A.-G., Lahr. Die ordentliche Generalversammlung findet am Freitag, dem 28. Juni, in Karlsruhe im Sitzungszimmer des Bad. Finanzministeriums statt.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 15. Juni bis 24. Juni 1929
Im Landestheater:

Samstag, 15. Juni. * A 29. Th.-Gem. 501—700. Peripherie. Schauspiel von Ringer. 20 bis nach 22½ (5 M.).

Sonntag, 16. Juni. * E 28. Th.-Gem. 1. S.-Gr. **Madame Butterfly.** Musikalische Tragödie von Puccini. 19½ bis nach 21½ (8 M.).

Montag, 17. Juni. Volkshöhe 6. Gesellschaft. Schauspiel von Galsworthy. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. 20 bis 22½ (5 M.).

Dienstag, 18. Juni. * C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. Zum ersten Male: **Die Dorfstraße.** Oper von Weingartner. Hierauf zum ersten Male: **Meister Andrea.** Komische Oper von Weingartner. 20 bis nach 22½ (7 M.).

Mittwoch, 19. Juni. 11. Vorstellung der Schülerniete: **Johann auf Lauris.** Schauspiel von Goethe. Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. 18½ bis nach 20½ (5 M.).

Donnerstag, 20. Juni. Volkshöhe 6. Gesellschaft. Schauspiel von Galsworthy. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf frei gehalten. 20 bis 22½ (5 M.).

Freitag, 21. Juni. * F 30 (Freitagniete). Th.-Gem. 701 bis 900. **Die Dorfstraße.** Oper von Weingartner. Hierauf: **Meister Andrea.** Komische Oper von Weingartner. 20 bis 22½ (7 M.).

Samstag, 22. Juni. * E 29. Th.-Gem. 901 bis 1050. Zum ersten Male: **Der Marsch auf Rom.** Komödie von Sherwood. 20 bis 22½ (5 M.).

Sonntag, 23. Juni. * B 29. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). **Carmen.** Oper von Bizet. 19½ bis nach 22½ (8 M.).

Montag, 24. Juni. * Gesellschaft. Schauspiel von Galsworthy. 20 bis 22½ (5 M.).

Im Städtischen Kanzerthaus:

Sonntag, 16. Juni. * XYZ. Von Abund. 19½ bis gegen 22 (4,10 M.).

Sonntag, 23. Juni. * XYZ. Von Abund. 19½ bis geg. 22 (4,10 M.).

Umlauf für Inhaber von Blodhesten Samstag nachmittags 15½ bis 17 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umlauf ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Telefon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Frig Müller, Ecke Kaiser- und Baldstraße, Telefon 888, und Musikstube des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstr.), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Tel. 4951, und Kaufmann Karl Holzschuh, Berberplatz 48, Telefon 503.

Badische Landesbibliothek

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landesbewohner kostenlos benutzt werden. Der Versand erfolgt kostenfrei. Die Rücksendung trägt der Entleiher. Die Landesbibliothek umfasst die wichtigeren Zweige der Wissenschaften, schließt aber engere Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Einsendung solcher Schriften ist willkommen.

Zugangsauswahl

1928, September—Dezember.

1929, Januar—März.

I.

Allgemeines. Sprachwissenschaft.

D. P. Baumert, Entstehung des dtischen Journalismus. S. Dahl, Geschichte des Buches. Übers. aus dem Dänischen von Lina Johnson. A. Dyroff, Wege der Universitäts-

reform. G. Geer, Geschichte der deutschen Burschenschaft. II. Demagogiezeit. 1830—1838. III. Zeit des Progresses. 1839—1859. A. Gabel, Rollen- und Plattenstempel des 16. Jahrhunderts. I. Dtsche. Hochschulfachstatistik. Gg. von den Hochschulverwaltungen. F. Korrodi, Geisteserbe der Schweiz von Haller bis Burckhardt. Th. Litt, Wissenschaft, Bildung, Weltanschauung. O. Meynen und Fr. Neuter, Die dtische Zeitung. G. Münzner, Öffentl. Meinung und Presse. 1928. G. Müffener, Die kirchl. Bücherpreise. G. Defer, Worte aus vergangenen Tagen. G. Ost, Fr. Nicolais Allgem. Deutsche Bibliothek. G. Reichner, Die Gutenberg-Bibel der Samml. Bollbehr. 1927. Reichsdruckerei in Berlin. Darstellung ihres Werdens und Wirkens. Universität Tübingen. Institute und Einrichtungen. Gg. von Knapp und Kohler. Briefwechsel des Cola di Rienzo, hg. von Burchard. Burchard, Rienzo und die geistige Wandlung. Zeit. II. G. St. Chamberlain, Briefe 1882—1924 und Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm II. G. Feder, Politik und Humanität. Paul Nathan. Festschrift für Eugen Rühemann. Hg. von A. Mann. S. Gahn, Gg. Chr. Vichtenberg und die ersten

Wissenschaften. Marie Kern, Daniel Gg. Kochhof. O. Kraus, Albert Schweitzer. Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen. Gg. von M. Huber. Elise Denning, Briefe an Friedr. und Christine Heibel. Gg. von Karol. Württembergischer Retriolog für 1920 und 1921. Rodolphe Reuß, 60 années d'activité scientifique et littéraire 1864—1924. 1928. P. Scherer, Im frohen Rheingau. Im deutschen Strassburg. (Grimmer.). A. Stoll, Friedrich Karl v. Savigny. II. — G. Ammann, Die menschliche Rede. II. Elise Angermann, Der Genet in der Volksmeinung. G. Vesfornet, Handbuch der dt. Flurnamenliteratur. J. R. Brechenmacher, Deutsches Namenbuch. Paul Fischer, Goethe-Wortschatz. A. Göhe, Deutsche Studentensprache. Grundriß der indogermanischen Sprach- und Altertumskunde. II. 4. I. B. Bütt, Indisch. G. Gahfeld, Leitfaden der vergleich. Bedeutungslehre. 2. Aufl. D. Jespersen, Eine internationale Sprache (Novial). L. Klages, Zur Ausdruckslehre und Charakterkunde; Psychologie der Handschrift. 1924. F. Kluge, Etymol. Wörterbuch der deutschen Sprache. 10. Aufl. 1924. Nachdruck erwünscht.

Spar- und Waisenkasse Heberlingen

(Öffentliche Verbandsparkasse)

unter Bürgerschaft von 20 Gemeinden, gegr. 1857

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
1. Kasse und fremde Geldsorten	31 288,18	1. Spareinlagen	2 458 292,89
2. Guthaben bei Reichsbank u. Postfisch.	45 908,03	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	577 915,08
3. Guthaben bei Girozentralen u. Banken	293 046,31	3. Anlehensschulden für III. Amerika Anleihe	26 824,94
4. Betriebskapital bei Girozentrale	70 500,—	4. Rücklagen	44 971,—
5. Wechsel	176 682,53	5. Reingewinn vom Jahre 1928	49 814,91
6. Darlehen aus Hypotheken:		davon werden überwiesen an:	
a) eigene	1 543 676,92	Rücklagen	41 218,93
b) III. Amerika Anleihe	26 824,94	Aufwertungsmafse	8 595,98
c) Dollarumschuldungskredit für die Landwirtschaft	112 500,—		
7. Darlehen in laufender Rechnung	479 753,78		
8. Darlehen auf Schuldschein geg. Bürgerschaft	215 793,57		
9. Darlehen gegen Faustpfand	1 480,—		
10. Darlehen an Gemeinden	221 160,45		
11. Einnahmerückstände u. Stückzinsen	49 408,33		
12. Verwaltungsgebäude	1,—		
13. Gerätschaften:			
Bestand am 1.1.28	4 400,—		
Zugang 1928	2 731,10		
	7 131,10		
Abschreibung	731,10		
	6 400,—		
14. Abale 11 336,25			
Aufwertung:		Aufwertung:	
15. Hypotheken, Kaufschillinge und Liegenschaftserlöse	1 047 972,19	7. Aufwertungseinlagen	1 287 516,98
16. Sonstige Aufwertungsforderungen	70 736,98	Zins 1927/28	70 577,70
17. Rückständige Zinsen	29 571,91		1 358 094,58
18. Fehlbetrag an der Aufwertungsmasse	66 096,96	abzgl. vorzeitig geleistete Rückzahlungen	139 211,32
	4 488 802,08		1 218 883,26
			4 488 802,08

Berechnung der Rücklage:

Nach § 22 unserer Satzung hat die Rücklage zu betragen: 5% aus dem Gesamteinlageguthaben von 3 035 807,97 RM = 151 790,40 RM
Die Rücklagen aus früheren Jahren betragen: 44 971,—
Hierzu aus Reingewinn 1928 49 814,93
Der Fehlbetrag an der Rücklage beträgt demnach noch 65 600,47 RM

Heberlingen, den 19. April 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Dr. Emmertich, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Göller Direktor.

Badische Lichtspiele * Konzerthaus
Freitag, den 14. bis Dienstag, d. 18. Junijew. 20, 15 Uhr
Sonntag nur 16 Uhr
Erstaufführung
Der Meister von Beuron
Ein Film aus der Geschichte der Beuroner Klosterkunst
Außerdem:
Alaskas weiße Wunderwelt
Von den Rocky Mountains zum Beringmeer
Unvergesslich ergreifende Bilder
von gigantischen Naturgesch. ehen
MUSIKBEGLEITUNG
Kartenvorverkauf: Musikhaus F. Müller Kaiserstr. und im Büro Klapprechtstr. 1 (9—1 u. 3—4,30 Uhr)

§.128. Karlsruhe. Über das Vermögen des Obersteuerinspektors A. D. Gerhard Bruttel, wohnhaft hier, Sophienstr. 30, wurde heute, nachmittags 5 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Karl Ettlinger, hier, Kaiserstr. 175. Konkursforderungen sind bis zum 5. Juli 1929 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlieung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 5. Juli 1929, vormittags 10 1/2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Dienstag, den 16. Juli 1929, vorm. 11 1/2 Uhr, vor

Öffentliche Sparkasse St. Georgen i. Schw.

Bilanz per 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	30 059,17	1. Spareinlagen	1 217 055,76
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken u. Postfischamt	55 663,08	2. Giroeinlagen	181 498,80
3. Wertpapiere	29 580,05	3. Kontokorrenteinlagen	10 099,22
4. Wechsel	42 533,24	4. Anlehenskapitalien	43 035,85
5. Darlehen geg. 1. Hypothek	737 688,75	5. Rücklagen (gesetzl. Reservefond)	38 665,38
6. Darlehen in laufender Rechnung	325 532,94	6. Reingewinn	20 223,37
7. Schuldscheindarlehen gegen Bürgerschaft	103 721,95		
8. Darlehen an öffentlich-rechtl. Körperschaften	109 451,75		
9. Betriebskapital	38 500,—		
10. Einnahmerückstände	37 866,45		
11. Gerätschaften	1,—		
	1 510 578,35		1 510 578,38

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 8% aus 1 408 653,78 RM Einlagen . . . 112 692,24 RM.
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 . . . 58 888,75 RM.
Somit fehlender Betrag zur Rücklage . . . 53 803,49 RM.

St. Georgen i. Schw., den 15. Juni 1929.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Stodinger.
Der Geschäftsleiter: Staiger.

Hermes Bruchleiden
wurden nach unserer Methode der orthopädischen Bruchbehandlung gute Erfolge erzielt.
Dem „Hermes“ Ärztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung bestätigte ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten, gehe ohne Band, verrichte jede Arbeit und habe von meinem großen Bruch, der tief in den Rücken drang, nichts mehr gespürt. Richard Bus, Schlosser, Bülach bei Karlsruhe. 8. 12. 27.

§.129. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Michael Wallraf, Geschäftsführer der Fa. E. Wallraf in Karlsruhe, Kaiserstr. 20, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, 12. Juni 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

§.130. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma E. Wallraf, Großschlächtereier, und der Frau, Eva Wallraf, geb. Leibold, in Karlsruhe, Kaiserstr. 20, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, 12. Juni 1929. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

Unsere Gesellschaft hat am 27. März 1928 die Herabsetzung des Stammkapitals von 400 000 RM auf 20 000 RM beschlossen. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert sich zu melden. Karlsruhe, 10. Juni 1929. Rosenthal Verwaltungsgesellschaft m. b. H. §.116 Rosenthal.

Durlach. §.123 Güterrechtsregister. Eingetragen am 8. Juni 1929: Seb, Heinrich, jung, Fabrikarbeiter in Weingarten, und Luise, geb. Dorr. Vertrag vom 28. Januar 1929: Gütertrennung. Amtsgericht.

Philippsburg. §.133 Güterrechtsregister. Eintrag Bd. I Seite 205: Emmert, Johann, Kraftwagenführer in Waghäusel, u. Anna Eva geb. Bauer, ebenda. Vertrag vom 3. Juni 1929: Gütertrennung. Philippsburg, 10. Juni 1929.

Bad. Amtsgericht. Karlsruhe. §.103 Güterrechtsregister. Eintrag: 1. Zu Bd. I Seite 251: Dittelbarth, Eugen, Kaufmann, Karlsruhe, u. Margarete Anna Johanna, geborene Witt, Vertrag vom 1. Juni 1929. Gütertrennung. 2. Seite 252: Adersmann, Karl, Kaufmann, Karlsruhe, und Sophie, geb. Geißlinger. Vertrag vom 23. Mai 1929. Gütertrennung. 6. Juni 1929. 3. Seite 253: Hoffketter, Otto, Direktor, Karlsruhe, und Anna, geb. Leibbrand. Vertrag vom 1. Juni 1929. Vorbehaltsgut der Frau. 8. Juni 1929. Amtsgericht Karlsruhe.

Badisches Landestheater
Samstag, 15. Juni
*A 29. Th.-Gem. 501—700
Peripherie
Schauspiel von Langer
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertman, Ermarth, Sauer, Portfeld, Brand, Semmede, Graf, Hiel, Höder, Just, Reinath, Luther, Rehner, Müller, Schneider, Schulze, v. d. Trend, Wiechel
Anfang 20 Ende 22 1/2
Kreife A (0,70—0,80)
So. 16. Juni Madame Butterfly.
Im Konzerthaus:
M.B.
No. 17. Juni Gesellschaft.

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Celly de Rheidt Enoch Light
Die Sensationen dieser Saison muß jeder sehen

§.131. Karlsruhe. Für den Neubau des Finanzamtsgebäudes in Sigen a. S. werden folgende Arbeiten, z. T. in Losen, vergeben: §.124 Die Gipfelstr., u. Hiesarbeiten, Malerarbeiten, Tapezieren und Linoleumarbeiten, Ofen- und Herbarbeiten und Dachstuhldeckungsarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen u. Angebotsvorbrude werden von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags bis einschließl. Samstag, den 22. Juni, beim Bezirksbauamt Konstanz, Schillerstr. 9, Erdgesch., abgegeben, bzw. sind dort einzusehen. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens Mittwoch, den 26. Juni, vormittags 10 Uhr, an das Bezirksbauamt Konstanz, Schillerstr. 9, einzureichen, wofolst auch die Eröffnung stattfindet. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Konstanz, 13. Juni 1929. Bezirksbauamt.

§.117 Güterrechtsregister. Vahr III Seite 62: Franz Petersen, Ingenieur in Freisenheim, und dessen Ehefrau Veria, geb. Bartel. Durch Ehevertrag vom 12. November 1916. Gütertrennung. Vahr, 10. Juni 1929. Amtsgericht.